

Hamburg, 22.05.2019

Betreff: Einigung „Tschüss Kohle“ – Senatsfraktionen:

## Enttäuschendes Ergebnis

Die Ergebnisse der Einigung zwischen der Volksinitiative (VI) „Tschüss Kohle“ und den Senatsfraktionen sind für den Hamburger Energietisch enttäuschend. Die VI hatte einen Kohleausstieg bei der Fernwärmeerzeugung bis 2025 gefordert, SPD/Grüne haben nur 2030 zugesagt. Das plante die Koalition ohnehin. 2025 soll geprüft werden, ob ein früherer Kohleausstieg möglich ist. Warum nicht schon anlässlich der Bildung des nächsten Senats im März 2020? Ähnlich unverbindlich ist die Zusage, ab 2020 den Ersatz für das Kohle-HKW Tiefstack zu planen.

Konkret und verbindlich hingegen ist die gesetzliche Festlegung, dass dem Vattenfall-Kraftwerk Moorburg die Möglichkeit gegeben wird, weitere Industriebetriebe mit Kohle-Wärme zu beliefern. Nach dem neuen § 1 des Hamburger Klimaschutzgesetzes soll der Senat aber darauf hinwirken, dass in Hamburg bis 2030 die Beendigung ein kompletter Kohleausstieg möglich gemacht wird. Wie passt das zusammen?

Im Antrag der Senatsfraktionen ist viel von sozialer Gerechtigkeit die Rede. Dazu passt das Konzept für den Ersatz des Heizkraftwerks Wedel in keiner Weise. Die angekündigten Anlagen südlich der Elbe sind teuer und würden nur wenig erneuerbare Wärme produzieren. Die dafür erforderliche Elbtrasse wird mindestens 150 Mio. Euro kosten und sehr wahrscheinlich 2024 nicht fertig werden. Damit würde auch für das HKW Wedel die gesetzlich vorgesehene Stilllegung bis zum Jahr 2025 nicht eingehalten werden. Das wiederum würde die Stadt 140 Mio. Euro für den Verlust der Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung kosten – zusätzlich zu etwa 80 Mio. Euro für eine weitere Ertüchtigung des HKW Wedel.

*Gilbert Siegler, Sprecher des HET:* „Das Ergebnis der monatelangen Verhandlungen ist enttäuschend! SPD und Grüne beharren auf der Verbrennung von Kohle für die Hamburger Fernwärme bis 2030. Ein schlechtes Konzept mit einer sehr teuren Elbquerung als Ersatz für das Kraftwerk Wedel wird die Fernwärmekunden mit höheren Fernwärmepreisen und das Klima mit weiteren CO<sub>2</sub>-Emissionen belasten.“

Der Hamburger Energietisch fordert die Behörde für Umwelt und Energie auf, der Öffentlichkeit transparent darzulegen, warum ihr Fernwärme-



konzept besser ist als eine Alternative nördlich der Elbe, die ohne teure Elbtrasse auskommt, schneller zu realisieren ist und mehr erneuerbare Wärme bietet.

**Weitere Informationen auf der Seite des HET**

**Nachfragen an: Gilbert Siegler: 0176 510 19 592**

**PRESEMITTEILUNG**